

## Kritik an Russland und der Nato

Linksgerichtete Gruppen halten Kundgebung an der Kalker Post ab

VON INGO HINZ

Um ihre Empörung angesichts der Eskalation des Konflikts in der Ukraine zum Ausdruck zu bringen, haben sich am frühen Freitagabend rund 150 Menschen an der Kalker Post versammelt. Bei der Kundgebung, zu der am Tag zuvor von verschiedenen politisch links gerichteten Kölner Gruppen und Initiativen aufgerufen worden war, waren Schilder mit Forderungen wie „Krieg stoppen!“ zu lesen. Auch in Form einiger Wortbeiträge wurde ein „sofortiger Stopp des Krieges zwischen den großen imperialistischen Blöcken des Westens sowie des Ostens“ gefordert.

„Was kaum 1000 Kilometer östlich von uns passiert, ist ein Krieg gegen die Menschen – das lassen wir nicht zu“, sagte ein Redner. Neben der Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und der Kritik am Vorgehen Russlands, war aber auch die Nato Ziel der Kritik in Kalk. „Die Nato ist ein Verbund imperialistischer Staaten, der seit 30 Jahren einen Stellvertreter-Krieg im Osten führt“, hieß es. Dies sei ebenso abzulehnen wie das Handeln Russlands und von Präsident Wladimir Putin. Man sei nicht bereit, der Propaganda der beiden großen Kriegsparteien zu folgen – ob der Nato oder Russlands. Ein weiter entflammender Konflikt dürfe unter keinen Umständen zugelassen werden, das hätte „katastrophale und vernichtende Folgen“.



Demonstranten am Freitag an der Kalker Post Foto: Goyert

### DER KSTA-PODCAST



In der aktuellen Folge unseres Nachrichtenpodcasts „Stadt mit K - News für Köln“ blicken wir unter anderem auf die Friedensdemonstration des Festkomitees an Rosenmontag und die Vorbereitungen der Stadt auf die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine. Zu hören, überall, wo es Podcasts gibt.

[ksta.de/podcast](http://ksta.de/podcast)

### RADIO KÖLN

FC live am Samstagnachmittag: Der 1. FC Köln ist zu Gast beim Bundesliga-Schlusslicht Greuther Fürth.

# Hohe Mieten, illegale Provisionen

Laut einer Studie werden Migranten bei der Wohnungssuche oft diskriminiert

VON DIRK RIBE

Dass bei der Wohnungssuche Vermieter oft mit zweierlei Maß messen, erleben Menschen mit internationaler Zuwanderungsgeschichte all zu oft. „Ich glaube, wenn sie meinen Namen oder Nachnamen sehen, denken sie: Ah, die sind Ausländer, und dann wollen sie ihr Haus nicht an uns vermieten“, sagte ein Teilnehmer der Studie „Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt“, die die Wissenschaftlerinnen Hannah Brill und Maryam Manz für den Runden Tisch für Integration erarbeitet und nun in Teilen vorgestellt haben. Das Fazit der Forscherinnen: Migranten erleben auch auf dem Wohnungsmarkt in Köln rassistisch geprägte Diskriminierung. Wer einen ausländisch anmutenden Namen trägt oder wem eine Zugehörigkeit zu bestimmten Religionen oder Ländern zugeschrieben wird, hat bei der Suche oft schlechte Karten.

### Markt verschärft Probleme

Zahlreiche Teilnehmer, mit denen die beiden Wissenschaftlerinnen Interviews geführt haben, beklagen Benachteiligungen bei der Wohnungssuche. „Bei muslimischen Familien ist halt das Kopftuch ganz oft Thema“, sagte eine Befragte. „Wenn ein Kopftuch da ist, dann ist sofort eine Barriere da. Obwohl den Nachbarn eigentlich egal sein kann, wie sich jemand kleidet.“ Ein anderer Befragter erläuterte: „Es sind sieben Bewerber da, man selbst erfüllt eigentlich alle Voraussetzungen (...), aber ich bekomme die Wohnung trotzdem nicht.“

Der angespannte Wohnungsmarkt verschärft die Situation für Migranten und Migrantinnen: Die Nettokaltmieten seien von 2010 bis 2019 um 40 Prozent gestiegen, der Anteil der Sozialwohnungen am gesamten Wohnungsbestand sei zwischen 2009 und 2019 von acht auf 5,7 Prozent gesunken. „In Köln fehlen



Auf dem umkämpften Kölner Wohnungsmarkt haben Migrantinnen und Migranten häufig schlechte Karten.



„In Köln fehlen 86 000 Wohnungen für Menschen mit wenig Einkommen

Wolfgang Uellenberg-van Dawen

86 000 Wohnungen für Menschen, die von Armut bedroht sind oder gar arm sind“, sagt der Leiter des Runden Tisches für Integration, Wolfgang Uellenberg-van Dawen. Und während im Schnitt die Kölner 33 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben, müssten Menschen mit einem Einkommen unter 1000 Euro 59 Prozent davon für die Miete aufbringen. Bei Gutverdienern mit einem Einkommen über 4000 Euro seien es nur 19 Prozent.

„Es gibt eine harte Konkurrenz, und in diesem Kampf haben Menschen mit internationaler Geschichte meist schlechte

Karten“, schreiben die Wissenschaftlerinnen. „Bei der Wohnungssuche bekommen sie meist keine Zusagen, werden nur selten zu Besichtigungsterminen eingeladen und als Mieter und Mieterinnen häufig kategorisch ausgeschlossen.“ Wohnungen, die Migranten angeboten würden, seien oft zu klein und zu teuer. „Berichtet wird von illegalen Maklerprovisionen und befristeten Verträgen.“ Die Befragten hätten oft mit hohen Kautionen, Ablösezahlungen, schlechter Bausubstanz zu tun.

Zudem sei es auch für gut verdienende Migranten und Migrantinnen schwer, Wohnungen in gut situierten Stadtvierteln zu mieten. „Also in Lindenthal habe ich, glaube ich, noch nie in meinem Leben eine Rückmeldung bekommen“, berichtete ein Befragter. „In Nippes findet man keine Wohnung. Man findet keine Wohnung in Sülz, in Klettenberg“, sagte ein anderer. Auf diese Weise entstehe die Gefahr, dass Migranten in bestimmten Stadtteilen wenig Zugang hätten. Gesetzliche Schutzmaßnahmen griffen bislang nicht, es gebe zu wenige Informationen und Beratungsangebote für Betroffene.

### „Ins Gespräch kommen“

Für die Studie, die am 10. März im Domforum der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll, haben die Autorinnen Gespräche mit Migrantinnen und Migrantinnen, Wohnungsgesellschaften, dem Mieterverein und Experten und Expertinnen aus Beratungsrichtungen geführt. Der Runde Tisch für Integration, der von der Bethe-Stiftung unterstützt wird, will in den kommenden Monaten mit einer Kampagne auf das Thema aufmerksam machen. Es bedürfe einer intensiven Diskussion aller Beteiligten, um das Thema anzugehen, so Uellenberg-van Dawen. „Wir wollen niemanden anprangern, nichts skandalisieren, aber mit allen ins Gespräch kommen.“

## „Dem Leid ein sofortiges Ende bereiten“

100 Teilnehmer bei Gebet für Frieden und Versöhnung in St. Aposteln

VON CLEMENS SCHMINKE

„Fassungslos und voller Entsetzen blicken wir auf die dramatischen Ereignisse in der Ukraine“, begann am Freitagmittag Dominik Meiering, leitender Pfarrer der katholischen Innenstadt-Gemeinden, seine Begrüßung der rund 100 Besucher, die zum „Gebet für Frieden und Versöhnung“ in die Basilika St. Aposteln gekommen waren. „Wir appellieren eindringlich an das Gewissen der Verantwortlichen, dem Leid ein sofortiges Ende zu bereiten.“ In seiner Ansprache bei der kurzen Feier, die Martina Crone-Erdmann vom Pfarrgemeinderat mitgestaltete, nannte Meiering Russlands Einmarsch eine „erbarmungslose Aggression“. Das „Friedensprojekt Europa“ sei „infrage gestellt“. In der Kirche sei man zusammengedrückt in der Hoffnung, dass Gott Antworten gebe, aber auch, um Solidarität mit den leidenden Menschen zu zeigen. „Wenigstens dies wollen und müssen wir tun.“

Auch in Liedern und Lesungen wurde der Frieden beschworen. In die Fürbitten, die an erster Stelle den Menschen in der Ukraine galten, wurden Putin und alle anderen Verantwortlichen einbezogen: Gott möge sie „zur Umkehr und Einsicht bringen“, zu der Erkenntnis, dass „Gewalt keine Lösung und Krieg unnötiges Leid“ sei. Die Besucher konnten Kerzen zu Füßen eines Kreuzes aufstellen, an dem Blätter mit dem Wort „Frieden“ in vielen Sprachen hingen.



Dominik Meiering neben dem Friedenskreuz Foto: Roll

## Mann beißt Kontrahenten Stück des Ohrs ab

Polizei berichtet von mehreren Gewalttaten, aber insgesamt ruhiger Einsatzlage

VON ALEXANDER HOLECEK

An Weiberfastnacht hat es auf der Zülpicher Straße mehrere tätliche Übergriffe gegeben. So soll etwa ein 26-Jähriger einem 31-Jährigen während einer Schlägerei ein Stück des Ohrs abgebissen haben, teilte die Polizei mit. Der Angreifer selbst erlitt eine Armfraktur und kam nach der Behandlung ins Polizeigewahrsam. Auch die Polizei selbst war Ziel einiger Aggressionen, hieß es weiter. Drei Polizistinnen und Polizisten wurden bei Einsätzen angegriffen.

Dessen ungeachtet berichtete die Behörde am Freitag von einer insgesamt ruhigen Einsatzlage an Weiberfastnacht. „Es gab deutlich weniger Karnevaleinsätze als in den Jahren vor Corona“, sagte ein Polizeisprecher am Freitag. Ob das mit der Pandemie oder dem Krieg in der Ukraine zusammenhänge, könne er nicht sagen.

Voll sei es nur im Quartier Lätäng gewesen, wo bis in die Morgenstunden viele vor allem junge Menschen feierten. Mit steigendem Alkoholpegel seien auch die Ein-

satzzahlen gestiegen. Insgesamt habe es stadtweit 270 Karnevaleinsätze gegeben, 36 Personen sind in Gewahrsam genommen worden. Schon gegen 2.30 Uhr, also früher als vor der Pandemie üblich, war der Weiberfastnachts-Einsatz der Polizei beendet.

Einige Stunden zuvor hatte ein 19 Jahre alter Mann auf der Taunusstraße in Humboldt/Gremberg eine Polizistin und ei-

nen Polizisten verletzt. Der unter Drogen- und Alkoholeinfluss stehende Randalierer soll zuvor Passanten belästigt haben. Die Beamtin erlitt eine Sprunggelenksfraktur.

Das für die Bearbeitung von Sexualdelikten zuständige Kriminalkommissariat 12 hat die Ermittlungen in neun Fällen aufgenommen. Dabei ging es im Wesentlichen um sexuelle Belästigung, Belästigungen und Nötigung. Das Ordnungsamt hat 133 Wildpinkerinnen und Wildpinker erwischt.

Auch die Bundespolizei berichtete von einer insgesamt überschaubaren Einsatzlage. Am Nachmittag hätten mehrmals Menschen die Gleise der Deutschen Bahn im Kölner Süd rund um den Bahnhof Süd betreten, teilte die Behörde mit. Diese seien dann von Hubschraubern begleitet wieder in die Strecken seien zwischenzeitlich gesperrt worden.

Am Hauptbahnhof verzeichnete die Bundespolizei mehrere Einsätze. Am Nachmittag soll ein Reisender einem Zugbegleiter mit der Faust ins Gesicht geschlagen haben, nachdem dieser seine Begleiterin beleidigt haben soll. Als der Zugbegleiter den Angreifer durch Festhalten an der Flucht hindern wollte, stürzten beide die Rolltreppe im Hauptbahnhof hinab und verletzten sich. Zwei Krankenwagen brachten die Männer in Krankenhäuser.

### Angriff im Hauptbahnhof

Am Hauptbahnhof verzeichnete die Bundespolizei mehrere Einsätze. Am Nachmittag soll ein Reisender einem Zugbegleiter mit der Faust ins Gesicht geschlagen haben, nachdem dieser seine Begleiterin beleidigt haben soll. Als der Zugbegleiter den Angreifer durch Festhalten an der Flucht hindern wollte, stürzten beide die Rolltreppe im Hauptbahnhof hinab und verletzten sich. Zwei Krankenwagen brachten die Männer in Krankenhäuser.



Polizisten in der Nacht auf der Zülpicher Straße, wo bis in die frühen Morgenstunden ausgelassen gefeiert wurde